

BRIEFING

Neues Klimaschutzprogramm der Bundesregierung: Potenziale und Beitrag des Sektors Landwirtschaft

Germanwatch-Briefing #5 zu internationalen Klimaverhandlungen und Ernährungssystemen

In den ersten vier Ausgaben unserer Briefing-Serie haben wir dargelegt, dass die erhebliche Klimarelevanz¹ sowie die klimagerechte und insgesamt nachhaltige Ausgestaltung von Landwirtschaft, Ernährung und Landnutzung inzwischen regelmäßig auf den Weltklimakonferenzen (COPs) thematisiert und verhandelt werden.² Einerseits trägt die Landwirtschaft zu den Treibhausgasemissionen bei, andererseits ist sie selbst stark von den Folgen des Klimawandels betroffen (etwa durch Extremwetterereignisse und Ernteaussfälle). Auf nationaler Ebene sind daher sowohl Maßnahmen zur Anpassung als auch zur Minderung der Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) dringend benötigte Beiträge zum Klimaschutz.

Als größter Nettozahler der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU und als international stark verankerter Akteur im Bereich Landwirtschaft und Ernährung sollte Deutschland eine Vorreiterrolle für ambitionierten Klimaschutz in Ernährungssystemen einnehmen.³ Für die Erreichung der deutschen Klimaziele wird die Landwirtschaft bereits in absehbarer Zeit zu einem Schlüsselsektor werden, der klimapolitisch noch stärker adressiert und auch noch enger mit Maßnahmen hin zu einer nachhaltigeren Ernährung verknüpft werden muss. Klar sollte sein: Klimaschutz im Sektor Landwirtschaft ist nicht optional, sondern zuallererst auch eine rechtliche Verpflichtung, der die deutsche Bundesregierung mit hoher Ambition nachkommen muss.

In dieser Briefing-Ausgabe steht das in diesem Jahr beschlossene Klimaschutzprogramm (KSP) der Bundesregierung im Mittelpunkt. Vorab ordnen wir die Klimarelevanz der Landwirtschaft ein und geben die Impulse relevanter Stakeholder:innen zur effektiven Ausgestaltung des KSP wieder, die wir zu diesem Zweck befragt haben.

Klimarelevanz der Landwirtschaft

2025 betragen die THG-Emissionen des Sektors Landwirtschaft rund **61 Mio. t CO₂-Äq.** und machten damit **9,4 %** der deutschen Gesamtemissionen aus.⁴ Weitere **44 Mio. t CO₂-Äq.** entfielen auf die Ackerland- und Grünlandnutzung – diese Emissionen werden dem Sektor Landnutzung (Land Use, Land Use Change and Forestry = LULUCF) zugerechnet –, was zusammen einem Anteil von rund **16 % an den deutschen Gesamtemissionen** entspricht. Da in der Landwirtschaft unvermeidbare Restemissionen verbleiben und die Emissionen im Vergleich zu anderen Sektoren langsamer zurückgehen, wird ihr Anteil künftig noch deutlich steigen.

¹ Ernährungssysteme verursachen global bis zu einem Drittel aller anthropogenen Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen), vgl. Crippa, M. et al., 2021, *Food systems are responsible for a third of global anthropogenic GHG emissions*; Ritchie, H. (Our World in Data), 2021, *How much of global greenhouse gas emissions come from food?* (letzte Aufrufe: 26.06.2026).

² Vgl. Briefing #1 zur COP29, Briefing #3 zu den SB62-Interessionals und Briefing #4 zur COP 30 (letzte Aufrufe: 29.06.2026).

³ Vgl. Briefing #2 zum Klimaschutz im deutschen Ernährungssystem, in dem wir eine Bestandsaufnahme vorgenommen sowie die wichtigsten Handlungsfelder für effektiven Klimaschutz identifiziert haben (letzter Aufruf: 29.06.2026).

⁴ Vgl. Thünen, 14.03.2026: *Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft* (letzter Aufruf: 10.06.2026).

Bis 2045 wird die Landwirtschaft damit der meistemittierende Sektor werden.⁵ Um eine größtmögliche Klimaschutzwirkung zu erzielen und später auch teure Kompensationsmaßnahmen zu vermeiden, sollten die Emissionen auch in der Landwirtschaft schnellst- und weitestmöglich gesenkt werden.

Besonders maßgeblich ist im Sektor Landwirtschaft die **Tierhaltung**, auf die rund **zwei Drittel der Emissionen** zurückgehen.⁶ Hinzu kommen die im LULUCF-Sektor bilanzierten Emissionen aus **entwässerten Moorböden**, die ebenfalls überwiegend direkt oder indirekt für die Tierhaltung genutzt werden.

Nationaler Rechtrahmen: KSG und Sektorziele

2019 trat das Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) in Kraft, das für Deutschland rechtlich verbindliche nationale Klimaziele festschreibt und damit auch die Erfüllung völker- und europarechtlicher Verpflichtungen sicherstellt. Das KSG definiert in § 5 übergreifende prozentuale **THG-Minderungsziele**⁷ für Deutschland und in Anlage 2a sektorspezifische Jahresemissionsmengen, die sogenannten **Sektorziele**.

Das **Klimaziel für den Sektor Landwirtschaft** liegt laut UBA zurzeit bei rechnerisch rund **60 Mio. t CO₂-Äq. für das Jahr 2030** (nach Anpassung der Jahresemissionsmengen gemäß § 4 (2) KSG)⁸. Dieses wird nach aktuellen Prognosen⁹ zwar **knapp eingehalten**, jedoch wird zugleich vorausgesagt, dass die Emissionen des Sektors künftig kaum weiter zurückgehen und langfristig **stagnieren werden**.¹⁰ **Über 2030 hinaus** bestehen zudem bislang **keine Sektorziele**. Nach § 5 (8) KSG hätte die Bundesregierung diese bereits 2024 per Rechtsverordnung festlegen müssen. Da dies bislang nicht geschehen ist, liegen ab dem Jahr 2031 somit keine sektorspezifischen Zielvorgaben für die Landwirtschaft vor.

Der **LULUCF-Sektor** wird seine Klimaziele bis 2045 nach aktuellem Stand nicht erreichen und seine **Senkenziele**¹¹ eklatant **verfehlen**.¹² Dem Sektor kommt als vorgesehener Kohlenstoffspeicher für die Erreichung der deutschen Netto-Klimaneutralität 2045 eine große Bedeutung zu, weshalb hier großer Handlungsbedarf besteht.

Klimaschutzprogramme der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat die Maßnahmen zur Erreichung der im KSG beschriebenen Klimaziele in der Vergangenheit in verschiedenen Klimaschutzprogrammen¹³ dargestellt. Diese bezogen sich ausschließlich auf die Erreichung der Klimaziele bis 2030.

Laut §a 9 des KSG musste die Bundesregierung bis zwölf Kalendermonate nach Beginn der aktuellen Legislaturperiode¹⁴ ein neues **KSP** vorlegen, das **Maßnahmen zur Erreichung der nationalen Klimaschutzziele**

⁵ Laut einer Untersuchung des Umweltbundesamtes ist dies in allen zurzeit vorliegenden wissenschaftlichen Szenarien der Fall, vgl. Gores, S. et al (2026): [Deutsche Szenarien zur Treibhausgasneutralität im Vergleich](#) (letzter Aufruf: 29.06.2026).

⁶ Vgl. Umweltbundesamt (2024): [Fragen und Antworten zu Tierhaltung und Ernährung](#) (letzter Aufruf: 10.06.2026).

⁷ Jeweils im Vergleich zum Basisjahr 1990: bis 2030: 65 %, bis 2040: 88 %, bis 2045: Klimaneutralität (netto).

⁸ Das gesetzliche Ziel für 2030, das im KSG (Anlage 2a) ausgewiesen wird, beträgt 56 Mio. t CO₂-Äq. Da bei Übererfüllung der jeweiligen jährlichen Minderungsziele allerdings eine Umlegung des verbliebenen Emissionsbudgets auf die Folgejahre vorgesehen ist, liegt dieses für das Zieljahr 2030 aktuell höher. Vgl. [Umweltbundesamt](#) (2026) (letzter Aufruf: 22.06.2026).

⁹ Vgl. Thünen, 13.03.2026: [Landnutzungssektor bleibt auf Dauer Emissionsquelle, Landwirtschaft erfüllt Ziele bis 2030](#); Umweltbundesamt (2026): [Aktuelle Treibhausgas-Projektionen](#) (letzte Aufrufe: 22.06.2026).

¹⁰ Vgl. zusätzlich Deutscher Bundestag, 07.08.2025: [Unterrichtung durch die Bundesregierung, Klimaschutzbericht 2025](#) (letzter Aufruf: 22.06.2026).

¹¹ KSG §3a schreibt fest: bis 2030: minus 25 Mio. t CO₂-Äq.; bis 2040: minus 35 Mio. t CO₂-Äq.; bis 2045: minus 40 Mio. t CO₂-Äq.

¹² Vgl. Fußnote 9.

¹³ Vgl. für den Sektor Landwirtschaft u.a. BMLEH (2025): [Klimaschutzmaßnahmen in der Land- und Forstwirtschaft](#) (letzter Aufruf: 22.06.2026).

¹⁴ Diese begann formal mit der konstituierenden Sitzung des 21. Bundestages am 25. März 2025.

2030, 2040 sowie der Ziele für den **Landnutzungssektor** (LULUCF) festlegt.¹⁵ Jedes Bundesministerium war dabei gesetzlich verpflichtet, für den entsprechenden Sektor **einen angemessenen Beitrag zur Erreichung der nationalen Klimaschutzziele** sicherzustellen (§5 (3)). Im Rahmen einer Öffentlichkeitsbeteiligung wurden seitens Germanwatch und vieler weiterer Akteur:innen der Zivilgesellschaft zudem Vorschläge zur konkreten Ausgestaltung des KSP eingereicht.¹⁶ Nach Prüfung der Maßnahmen durch das federführend zuständige BMUKN (Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit) und einer Überarbeitung **wurde das KSP fristgerecht am 25. März 2026 veröffentlicht**. Dieses umfasst neue Maßnahmen zur Erfüllung des Klimaziels 2030 und enthält „in verschiedenen Sektoren Maßnahmen, die strategische Weichenstellungen zur Erreichung der Klimaneutralität darstellen und bis 2040 wichtige Klimaschutzbeiträge leisten.“¹⁷

Die **Wirkung des KSP ist umstritten**. Der Expertenrat für Klimafragen (ERK)¹⁸ attestierte in seinem Prüfbericht¹⁹ vom Mai 2026, dass die **Minderungswirkung der Maßnahmen insgesamt überschätzt** werde und selbst bei vollständiger Umsetzung des KSP **keines der gesetzlichen Klimaziele bis 2040 erreicht werden könne**. In der Folge empfahl der Expertenrat der Bundesregierung eine Überarbeitung des Programms.

Sektorziel Landwirtschaft?

Da bei der Erstellung des KSP keine gesetzlich festgelegten Sektorziele über 2030 hinaus berücksichtigt werden konnten, war im Prozess auch unklar, welche THG-Minderungsbeiträge die einzelnen Sektoren zukünftig leisten müssen. Für die Landwirtschaft wurde im KSP schließlich eine Reduktion auf **44 Mio. t CO₂-Äq.** bis zum Jahr **2040** vorgesehen. Dieser Zielwert stellt damit eine erste Konkretisierung des **Klimaziels 2040** dar. Im Vergleich zu aktuellen wissenschaftlichen Zielszenarien für einen ambitionierten Beitrag des Sektors fällt dieser Zielwert **relativ gering** aus: Zuletzt hatte das Umweltbundesamt einen Wert von **31 Mio. t CO₂-Äq.** für **2040** vorgeschlagen²⁰, während der Think Tank Agora Agrar in seinem jüngsten Szenario eine Reduktion der Emissionen um 57 % (2020–2045) auf rund **24 Mio. t CO₂-Äq.** bis **2045** publiziert.²¹ Vorgeschlagen wird von wissenschaftlicher Seite als erreichbarer und angemessener Beitrag also etwa eine **Halbierung der landwirtschaftlichen Emissionen in den nächsten 15 Jahren**, auch da andernfalls die übrigen Sektoren (Energiewirtschaft, Industrie, Gebäude, Verkehr, Abfallwirtschaft) die mangelhafte Minderung durch entsprechend höhere eigene Klimaschutzbeiträge ausgleichen müssten. Eine größtmögliche Reduktion der THG-Emissionen in der Landwirtschaft ist also von enormer Wichtigkeit.

Eine Halbierung der Emissionen würde für den Sektor Landwirtschaft eine große, aber machbare Herausforderung darstellen. Die **relevantesten Handlungsfelder für effektiven Klimaschutz** aus Sicht von Germanwatch haben wir in unserem Briefing #2²² näher beleuchtet: die **zukunftsfähige Transformation der Tierhaltung** (Reduktion, Umbau und Flächenbindung), die **Förderung klimafreundlicher**

¹⁵ Die Erarbeitung eines solchen Programms wurde im Zuge der jüngsten KSG-Reform 2024 gesetzlich festgeschrieben. Die KSG-Novelle schwächte die Verbindlichkeit der jahresscharfen Sektorziele zugunsten einer sektorübergreifenden, mehrjährigen Gesamtemissionsbilanz, was vielfach kritisiert wurde. Die THG-Reduktion in den einzelnen Sektoren bleibt weiterhin dringend notwendig.

¹⁶ Vgl. DNR (2025): [Ambition statt Rückschritte: Umweltverbände legen Forderungen für ein zukunftsfähiges Klimaschutzprogramm vor](#) (letzter Aufruf: 01.07.2026).

¹⁷ Vgl. Bundesumweltministerium, Pressemitteilung 25.03.2026: [Klimaschutzprogramm 2026 macht Deutschland moderner und unabhängiger von Öl und Gas](#) (letzter Aufruf: 23.06.2026).

¹⁸ Der Expertenrat für Klimafragen hat laut KSG ein klares gesetzliches Mandat und prüft unter anderem die Emissionsdaten des Umweltbundesamtes und die Klimaschutzprogramme der Bundesregierung.

¹⁹ Vgl. Expertenrat für Klimafragen, 18.05.2026: [Einhaltung des Emissionsbudgets bis 2030 nicht bestätigt – Expertenrat sieht weiterhin Handlungsbedarf gemäß Klimaschutzgesetz](#) (letzter Aufruf: 22.06.2026).

²⁰ Umweltbundesamt (2025): [Bis 2040 Treibhausgase um mindestens 90 Prozent mindern – So kann es gehen!](#) (letzter Aufruf: 23.06.2026).

²¹ Emissionen aus Landwirtschaft ohne Emissionen aus landwirtschaftlich genutzten Mooren, vgl. Agora Agrar (2026): [Die Zukunft von Landwirtschaft und Ernährung in Deutschland](#) (letzter Aufruf: 23.06.2026).

²² Vgl. [Briefing #2 zum Klimaschutz im deutschen Ernährungssystem](#) (letzter Aufruf: 29.06.2026).

Ernährungsweisen (u. a. fiskalische Instrumente sowie Einbindung der Gemeinschaftsverpflegung), die **Senkung der Stickstoff-Überschüsse** und die **Wiedervernässung entwässerter Moorböden** im Bereich LULUCF. Insbesondere bei der Vernässung der für die Tierhaltung genutzten Moorflächen ergeben sich erhebliche Potenziale für den Klimaschutz. Des Weiteren braucht es die Förderung betrieblicher Alternativen und diversifizierter Einkommensmöglichkeiten sowie den **Aufbau tragfähiger Wertschöpfungsketten**, insbesondere für **pflanzliche Proteine** und **Paludikulturen**.

Sektorale Maßnahmen im neuen Klimaschutzprogramm

Das Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) sieht im KSP für den Sektor Landwirtschaft folgende Maßnahmen vor, deren jeweilige THG-Minderungswirkung sehr stark variiert und teilweise nicht quantifiziert ist:

Tabelle 1: Klimaschutzwirkung von KSP-Maßnahmen im Sektor Landwirtschaft

Maßnahme	Akkumulierte THG-Minderungswirkung in Mio. t CO ₂ -Äq. (bis 2040)
Investitionsförderung zur energetischen Nutzung von Wirtschaftsdünger und zur Emissionsminderung beim Wirtschaftsdüngermanagement	3,98
Wiederaufnahme der Anschlussförderung von Güllekleinanlagen	0,42
Umstellung des mobilen Kraftstoffeinsatzes auf Strom und Biokraftstoffe	0,71
Harmonisierung einzelbetrieblicher Klimabilanzen	Nicht quantifiziert
1.000 zusätzliche Projekte „Alternative Antriebe“	0,3
Zukünftige Nutzung alternativer Antriebstechnologien im Landwirtschaftssektor (nach 2030)	Nicht quantifiziert
Methanmessprogramm, Zuchtfortschritt und optimierte Fütterung für mehr Klimaschutz in der Rinderhaltung	Nicht quantifiziert
Stärkung der Rahmenbedingungen für den heimischen Anbau von Eiweißpflanzen und Förderung alternativer Proteinquellen	53,04

Darüber hinaus sind weitere Maßnahmen des KSP, bei denen das BMLEH teils federführend ist, für die Landwirtschaft relevant und wirken auf diese ein, werden jedoch im Sektor LULUCF bilanziert.²³ Besonders hervorzuheben ist dabei die Förderung der **Wiedervernässung von Mooren** – allerdings nur auf freiwilliger Basis.

²³ Dazu gehören: Investitionsförderung zur Einrichtung von Agroforstsystemen und Anlage von Hecken, Förderung von Zwischenfruchtanbau oder Untersaaten über Winter sowie Förderung von weiter Reihe im Getreide mit (blühender) Untersaat, Förderung eines mindestens zweijährigen Klee-grasanbaus im Rahmen der Fruchtfolge, Nutzung von Ackerland als Grünland oder dauerhafte Umwandlung von Ackerland in Dauergrünland, Förderung von Modell- und Demonstrationsvorhaben zum Humuserhalt und Humusaufbau auf landwirtschaftlich genutzten Böden.

Diese soll maßgeblich durch das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz ²⁴des BMUKN umgesetzt werden. Die kürzlich veröffentlichte Paludi-Förderrichtlinie ²⁵ mobilisiert dafür umfangreiche Finanzmittel (1,75 Milliarden Euro bis Ende 2029). Sie honoriert die Wiedervernässung, kompensiert vorübergehende Wertverluste und unterstützt den Aufbau neuer Wertschöpfungsketten.

Protein-Maßnahme

Eine Maßnahme zur **Förderung alternativer und pflanzlicher Proteine** wurde erst in der Endfassung des KSP ergänzt und nur in grob beschrieben:²⁶

Stärkung der Rahmenbedingungen für den heimischen Anbau von Eiweißpflanzen und Förderung alternativer Proteinquellen

Die Bundesregierung stärkt den heimischen Anbau von Eiweißpflanzen. Basis hierfür ist die Eiweißpflanzenstrategie. Die Bundesregierung fördert die Entwicklung und Markteinführung nachhaltiger alternativer Proteine und schafft wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für pflanzliche Proteine. Nachteile und Hemmnisse für eine stärkere Marktdurchdringung pflanzlicher Proteine sollen identifiziert und abgebaut werden.

Hervorzuheben ist, dass die Maßnahme bis 2040 den **überwiegenden Anteil der THG-Emissionsminderung** im Sektor Landwirtschaft erbringen soll. Alle Jahre akkumuliert übersteigt diese mit **53,04 Mio. t CO₂-Äq.** die aufsummierte Emissionsminderung aller anderen quantifizierten Maßnahmen (5,41 Mio. t CO₂-Äq.) um etwa den Faktor 10. Zudem sind die übrigen Maßnahmen, die verhältnismäßig geringfügige oder nicht quantifizierte Beiträge zur Erfüllung des sektoralen Klimaziels leisten, überwiegend technischer Natur (Wiedervergärung von Gülle, Elektrifizierung von Antrieben oder Umstellung auf Biokraftstoffe) und zielen auf Effizienzgewinne innerhalb der bestehenden Produktionssysteme ab. Das Heben **technischer Potenziale** kann – wenn sie voll ausgerollt werden – **nennenswerte Beiträge** zur Emissionsminderung leisten, doch haben entsprechende Maßnahmen insgesamt nur ein begrenztes – und für die Erreichung der Klimaziele **nicht ausreichendes** – Potenzial²⁷.

Zur Herleitung des Einsparpotenzials der Protein-Maßnahme beziffert die Bundesregierung im KSP die Folgen potenzieller Konsumveränderungen im Ernährungsverhalten:²⁸

Durch eine Ausweitung der pflanzlichen Ernährung könnten Schätzungen zufolge die Emissionen im Landwirtschaftssektor deutlich gesenkt werden (**10 bis 27 Mio. t CO₂-Äq.**). Der genaue Wert ist abhängig vom tatsächlichen Ernährungsverhalten und von Menge und Art der konsumierten pflanzenproteinbasierten Produkte und der damit einhergehenden Veränderung der Tierbestände.

Als Grundlage für die Abschätzung des THG-Minderungspotenzials der Maßnahme diente die auf mehreren Studien basierende Einschätzung eines wissenschaftlichen Gutachterkreises, der die Erstellung des KSP im

²⁴ Vgl. Bundesamt für Naturschutz: [Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz](#) (letzter Aufruf: 29.06.2026).

²⁵ Vgl. BMUKN, 17.04.2026: [Neues Förderprogramm leitet Trendwende ein im Umgang mit Mooren in Deutschland](#) (letzter Aufruf: 29.06.2026).

²⁶ Seite 223 KSP.

²⁷ Das technische Minderungspotenzial in der Tierhaltung wird auf rund 25 % geschätzt, vgl. u. a. UBA (2021): [Perspektiven für eine umweltverträgliche Nutztierhaltung in Deutschland](#); Agora Agrar (2024), [Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Ernährung in einer klimaneutralen EU. Die Landnutzungssektoren als Teil eines nachhaltigen Ernährungssystems und der Bioökonomie](#) (letzte Aufrufe: 24.06.2026).

²⁸ Seite 53 KSP.

Auftrag der Bundesregierung begleitet hat.²⁹ Die ausgewerteten Studien umfassen unterschiedliche Zukunftsszenarien zur Entwicklung der Produktionsmengen und zur Reduzierung der landwirtschaftlichen Tierbestände in Deutschland, die durch veränderte Ernährungsgewohnheiten in der Gesellschaft bedingt sind. Auf dieser Basis berechnete der Gutachterkreis die erwarteten THG-Emissionsreduktionen.

Die durch die KSP-Maßnahme angestrebte Emissionsreduktion (8,5 Mio. t CO₂-Äq. im Zieljahr 2040) entspricht in ihrer Größenordnung etwa dem Szenario „**Beschleunigter Wandel**“ (10,6 Mio. t CO₂-Äq. bis 2045), das der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (WBAE) des BMLEH 2025 in einem Gutachten berechnet hat.³⁰ Der WBAE geht bis 2045 von einer **deutlichen Reduzierung** des durchschnittlichen **Fleischkonsums** auf 30 Kilogramm pro Person/Jahr aus (von rund 55 Kilogramm im Jahr 2025³¹), ebenso von einer **moderaten Reduzierung** des **Milchkonsums** auf 295 Kilogramm Milchäquivalente (2025: 402³²). Umgerechnet auf die **Produktionsmengen** würde dies **einschneidende Veränderungen** bedeuten (Rindfleisch: -33 %, Schweinefleisch: -47 %, Geflügelfleisch: -8 %, Milch: -26 %).

Die Maßnahme zur Protein-Förderung hätte bei vollständiger Umsetzung – die zur Erreichung der sektoralen Klimaziele erforderlich ist – somit potenziell **erhebliche Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktion** sowie auf das **Ernährungsangebot und die Ernährungsweisen** in Deutschland. Das BMLEH sollte diese frühzeitig, transparent und klar gegenüber Politik und Gesellschaft kommunizieren, um möglichen Akzeptanzhemmnissen und Umsetzungsbarrieren vorzubeugen. Zugleich bedarf es wirksamer Instrumente zur tatsächlichen Umsetzung der Maßnahme.

Ausgestaltung der Maßnahme – Stimmen relevanter Stakeholder:innen

Sowohl die **konkreten Instrumente** als auch die **Finanzierung** zur **Ausgestaltung der Maßnahme** sind bislang **unklar**, wie der ERK zuletzt festgestellt hatte.³³ Damit bleibt auch die **tatsächliche Wirkung** auf die THG-Emissionen des Sektors noch **fraglich**. Wie der ERK anmerkte, werde zudem der Exporteffekt nicht berücksichtigt, wodurch die Wirkung der Maßnahme tendenziell überschätzt zu werden drohe: Konsumveränderungen im Inland schlagen sich in der THG-Bilanz des Sektors nur dann nieder, wenn sie zu einer Reduktion der Tierbestände führen. Bei gleichbleibender Produktionsmenge und einer Verlagerung hin zum Export bleiben die inländischen THG-Emissionen jedoch unverändert. Ungeachtet dessen gehört die Stärkung der Exportförderung aktuell zu den Hauptprioritäten des BMLEH und von Bundesminister Alois Rainer (CSU).³⁴

Für die Umsetzung der Maßnahme kommen auf **Produktions-** und **Nachfrageseite** verschiedene Ansatzpunkte und Instrumente infrage. Um unterschiedliche Perspektiven zur konkreten Ausgestaltung zu erfassen und zusammenzutragen, haben wir im Juni 2026 eine **Umfrage an Stakeholder:innen aus Umweltschutz, Landwirtschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft** ausgesendet. Von 18 angefragten Akteur:innen, von denen einige selbst schon intensiv und valide zur Thematik gearbeitet haben, erhielten wir vollständig

²⁹ Das daraus resultierende Kurzgutachten wurde vom Öko-Institut verfasst und ist nicht öffentlich zugänglich, liegt Germanwatch jedoch vor.

³⁰ Vgl. Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim BMLEH (2025): [Mehr Auswahl am gemeinsamen Tisch. Alternative zu tierischen Lebensmitteln als Beitrag zu einer nachhaltigeren Ernährung](#) (letzter Aufruf: 29.06.2026).

³¹ Vgl. Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, 07.04.2026: [Fleischverzehr steigt um 1,4 Kilogramm pro Person – Geflügelfleisch auf Allzeithoch](#) (letzter Aufruf: 29.06.2026).

³² Vgl. Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (2025): [Versorgung mit Milch in Vollmilchwert](#) (letzter Aufruf: 29.06.2026).

³³ Vgl. Expertenrat für Klimafragen (2026): [Prüfbericht zur Berechnung der deutschen Treibhausgasemissionen für das Jahr 2025 und zu den Projektionsdaten 2026](#) (letzter Aufruf: 24.06.2026).

³⁴ Vgl. u.a. BMLEH, 08.06.2026: [BMLEH treibt Agrarexportstrategie mit Beteiligung der Wirtschaft voran](#) (letzter Aufruf: 24.06.2026).

ausgefüllte Rückmeldungen.³⁵ Diese Rückmeldungen – und damit die aus Sicht der Stakeholder:innen vorrangigen Maßnahmen auf Produktions- und Nachfrageseite – fassen wir im Folgenden zusammen.

In den Tabellen werden ausschließlich häufig genannte Antworten sowie konsensuale Positionen dargestellt. Diese weisen aus Sicht von Germanwatch ein hohes Potenzial für die politische Gestaltung und die Einbindung und breite Akzeptanz möglichst vieler Akteursgruppen auf. Die Ergebnisse liefern wichtige Hinweise für eine effektive und konsensuale Umsetzung und sollten daher in der weiteren politischen Debatte und der konkreten Ausgestaltung berücksichtigt werden.

Germanwatch-Umfrage: Häufig genannte Antworten und konsensuale Positionen

Tabelle 2: Fragen zu Instrumenten und zur Ausgestaltung

• <i>Mit welchen Instrumenten sollte die Bundesregierung die Maßnahme zur Förderung pflanzlicher Proteine konkret ausgestalten?</i> • <i>Welche bestehen bereits und welche müssen neu geschaffen werden?</i> • <i>Welche sonstigen Punkte sehen Sie, mit denen eine effektive Ausgestaltung der Maßnahme gewährleistet werden kann?</i>	
Konsens aller Befragten	
Instrumente	Erläuterungen
Wertschöpfungsketten und Kapazitätsaufbau	Die Wichtigkeit des Aufbaus und der Stärkung von starken Wertschöpfungsketten für pflanzliche Proteine wurde von allen Stakeholder:innen betont, der Kapazitätsaufbau für Anbau, Verarbeitung und Vermarktung sei entscheidend. Wichtig sei dabei auch die regionale Verankerung, der Einbezug der Landwirt:innen und die Sicherstellung der Abnahme.
Finanzielle Förderung	Der Anbau pflanzlicher Proteine, die Skalierung der Produktion sowie Verarbeitung sollten durch finanzielle Anreize gezielt gefördert werden.
Häufige Nennung	
Instrumente	Erläuterungen
Transformationsfonds für tierhaltende Betriebe	Der finanzielle Unterstützungsbedarf für tierhaltende Betriebe bei der Umstellung auf pflanzliche Produktion wurde vielfach betont. Dies könnte in Form eines Transformationsfonds organisiert sein, müsste in jedem Fall langfristig und verlässlich planbar sein.
Zulassungsverfahren für alternative Proteine	Betont wurde auch die Wichtigkeit der Vereinfachung und deutlichen Beschleunigung des Zulassungsverfahrens für neuartige alternative Proteine (beispielsweise aus dem Bereich der Zellkultivierung und

³⁵ Folgende Stakeholder:innen haben die Umfrage beantwortet: Agora Agrar; Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL); Bioland; Bundesverband für alternative Proteinquellen (BALPro); Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND); Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag; Die Linke im Bundestag; Faba Konzepte; Katholischer Verband für die Menschen im ländlichen Raum (KLB); Madre Brava; Naturland; Öko-Institut; ProVeg; Universität Vechta; Schwarz Gruppe (Lidl, Kaufland); The Good Food Institute Europe (GFI); Thünen-Institut; Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv).

	Präzisionsfermentation). Das Zulassungsverfahren wird über die EU-No-vel-Food-Verordnung geregelt.
Anreizsetzung durch Mehrwertsteuer	Die Anreizsetzung für einen verstärkten Konsum pflanzlicher Proteine durch Veränderungen der Mehrwertsteuersätze wurde ebenfalls von allen Stakeholder:innen betont, teilweise auch eine Erhöhung der Steuersätze auf tierische Produkte angeregt. Alle Beteiligten sprachen sich für – mindestens – eine steuerliche Gleichbehandlung aus.
Gemeinschaftsverpflegung	Die Gemeinschaftsverpflegung müsse durch eine Erhöhung des Anteils pflanzlicher Proteine eingebunden werden, Qualitätsstandards wie die der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) flächendeckend umgesetzt werden. Chancen biete auch eine beitragsfreie und nachhaltige Kita- und Schulverpflegung.
Verbraucherinformation, Beratung von Landwirt:innen	Der Einbezug der Verbraucher:innen über gezielte Informationen und öffentlichkeitswirksame Kampagnen sowie die Beratung von Landwirt:innen zu Proteinen im Ackerbau wurden als wichtiger Baustein gesehen, um durch Schaffung der notwendigen Akzeptanz für pflanzliche Proteine und Ernährungsveränderungen die Basis für den Erfolg der Maßnahmen-Umsetzung zu legen. Wichtig sei es, dabei über die Vorteile pflanzlicher Proteine für Produzent:innen und Konsument:innen zu informieren.
Forschung	Gezielte Forschungs- und Innovationsprogramme sowie allgemein die deutliche Erhöhung der Forschungsförderung wurden als zentrale Hebel herausgestellt.

Tabelle 3: Fragen zu Hemmnissen und Chancen der konsensualen Umsetzung

• Welche generellen Hemmnisse sehen Sie bei der Umsetzung der Maßnahme zur Förderung pflanzlicher Proteine? • Wie können diese beseitigt werden? • Welche Hemmnisse und Herausforderungen sind zu beachten, um im Konsens mit allen betroffenen Akteur:innen die Umsetzung der Maßnahme zu erreichen und das volle Klimaschutzpotenzial zu heben? • Welche Chancen und Potenziale sehen Sie in diesem Zusammenhang?	
Konsens aller Befragten	
Instrumente	Erläuterungen
Politischer Wille	Als klarstes Hemmnis wurde von allen Befragten der bislang mangelnde politische Wille genannt. Dazu gehörten unter anderem auch widersprüchliche Signale wie die Subventionierung der Produktion tierischer Produkte, die Ablehnung pflanzlicher Proteine im Rahmen der politischen Diskussion oder widersinnige EU-Bezeichnungsverbote für pflanzliche Fleischalternativen. Auch fehle bislang eine übergreifende, sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite abdeckende politisch-strategische Klammer.

	Folgerichtig braucht es den Stakeholder:innen zufolge zur Beseitigung des Hemmnisses eine klare politische Ziel- und Rahmensetzung. Alternative und pflanzliche Proteine sollten als strategischer Wirtschaftsfaktor, Beitrag zur heimischen Ernährungssicherung und zu einem diversifizierten Ernährungssystem anerkannt, statt als Gegenmodell verstanden werden. Die Umsetzung der KSP-Maßnahme biete Chancen für den Wirtschaftsstandort Deutschland, innovative Wertschöpfungsketten, diversifizierte Betriebe und Einkommensmöglichkeiten – und somit für die landwirtschaftlichen Erzeuger:innen.
Häufige Nennung	
Instrumente	Erläuterungen
Ungleiche Besteuerung	Ungleiche Besteuerung sei ein klares Hemmnis. Hier müsse ein „Level Playing Field“ geschaffen und eine gleiche Besteuerung erreicht werden.
Polarisierung	Ernährung sei ein hochgradig emotionales Thema, bei dem weitere Polarisierung verhindert werden müsse. Akzeptanzfragen müssten adressiert, der gesellschaftliche Dialog weitergeführt werden – beispielsweise aufbauend auf den Ergebnissen vom Bürgerrat Ernährung. Die gezielte Einbindung aller relevanten Stakeholder:innen und die Betonung der Vorteile und Potenziale sei entscheidend.

Tabelle 4: Fragen zur Tierhaltung

• Welche zukünftige Entwicklung der Tierbestände ist aus Ihrer Sicht zur Umsetzung der Maßnahme des Klimaschutzprogramms erforderlich? • Welche weiteren Maßnahmen braucht es gegebenenfalls darüber hinaus für eine effektive Minderung der Treibhausgasemissionen der landwirtschaftlichen Tierhaltung?	
Häufige Nennung	
Instrumente	Erläuterungen
Reduzierung der Tierzahlen	Betont wurde von nahezu allen befragten Stakeholder:innen die Notwendigkeit von Bestandsreduktionen in der landwirtschaftlichen Tierhaltung bei gleichzeitiger Schaffung gleichwertiger Alternativen (Produkte und Einkommensmöglichkeiten). Verbunden damit sei eine flächegebundene, zukünftig besser regional verteilte Tierhaltung sowie ein den Tierzahlen angepasster reduzierter Konsum tierischer Produkte, auch um die Abwanderung der Produktion ins Ausland zu verhindern. Teils wurde die Reduzierung der Tierhaltung von den Befragten indirekt adressiert, um einer Polarisierung der gesellschaftlichen und politischen Debatte vorzubeugen. Die Akzeptanz der Bürger:innen und landwirtschaftlichen Erzeuger:innen sei in jedem Fall zentral.

Technische Maßnahmen	Das ergänzende Heben technischer Potenziale der Emissionsminderung in der Tierhaltung wurde von vielen Stakeholder:innen als zentral betont.
Futtermittel aus Deutschland, Förderung ökologischer und extensiver Weidewirtschaft	Die Förderung einer ökologischeren Tierhaltung, beispielsweise durch extensive Bewirtschaftung mittels Weidewirtschaft und regionalen Anbau von Futtermitteln, wurde als zentral herausgestellt.

Abschließende Einordnung

Die befragten Stakeholder:innen lieferten entscheidende Impulse für die erfolgreiche Umsetzung des KSP, die sich mit bestehenden wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Forderungen decken.³⁶

Übergreifend braucht es für das Gelingen der Maßnahme **verlässliche politische Rahmenbedingungen** und **langfristige Weichenstellungen**, die **Angebots- und Nachfrageseite gleichermaßen** zusammendenken und adressieren. Voraussetzung ist ein Zusammenspiel von politischer Strategie, Marktentwicklung und verändertem Konsumverhalten. Ergänzt werden muss dieser großangelegte Transformationsprozess durch **verlässliche Perspektiven für den Berufsstand** mit dem Ziel, **zukunftsfähige Wertschöpfungsketten für pflanzliche Proteine** aufzubauen. Akteursübergreifend erarbeitete Konzepte für die zukunfts-fähige Transformationen des Sektors Landwirtschaft liegen bereits vor, beispielsweise von der Zukunfts-kommission Landwirtschaft (ZKL)³⁷. Eine Diversifizierung der landwirtschaftlichen Einkommen und der deutschen Proteinversorgung trägt zugleich zu einem insgesamt **resilienteren, krisenfesteren und unab-hängigeren Ernährungssystem** bei.

Produktionsseitig muss der **zukunftsfähige Umbau der Tierhaltung** in einen **klaren klimapolitischen Rahmen** eingebettet werden, der auch **eine klimagerechte Entwicklung der Bestände** beinhaltet. Dies kann über Tierwohlförderprogramme, Flächenbindung (insbesondere in Hotspot-Regionen) oder die Grün-landbindung von Wiederkäuern in die Umsetzung gebracht werden.³⁸ Der Umbau der Tierhaltung ist ent-scheidend für die Erreichung der deutschen Klimaziele, insbesondere auch weil die Wirkungslogik der KSP-Maßnahme zur Förderung pflanzlicher Proteine eine Reduzierung der Produktion tierischer Produkte vo-raussetzt. Parallel dazu muss die **Produktion pflanzlicher Proteine** (Leguminosen, Algen, Pilze, Nüsse) **massiv ausgebaut werden**. Zu diesem Zweck bedarf es einer **Förderung entlang der gesamten Wert-schöpfungskette**, um für die Erzeuger:innen **alternative, zukunftsfähige Geschäftsmodelle** voranzu-bringen. Die **Wiedervernässung von Moorflächen** muss großflächig umgesetzt, durch verbindliche Ziel-markten ergänzt und insbesondere auf **Flächen fokussiert** werden, **die für die Tierhaltung genutzt wer-den**.

Nachfrageseitig ist zur Förderung klimafreundlicher pflanzlicher Ernährung die **Schaffung fairer Ernäh-rungsumgebungen** entscheidend, wozu die **Verfügbarkeit** (u. a. Angebot, Rezepturen), **Erschwinglich-keit** (u. a. Preisgestaltung, Steuern, Anreize), Bereitstellung von **Informationen** (Produktinformationen,

³⁶ U. a. die Wissenschaftlichen Beiräte des BMLEH und Agora Agrar haben dafür sehr umfassende und valide Vorschläge vorgelegt, vgl. Agora Agrar (2026): *Die Zukunft von Landnutzung und Ernährung in Deutschland*; WBAE (2025): *Mehr Auswahl am gemeinsamen Tisch – Alternativprodukte zu tierischen Lebensmitteln als Beitrag zu einer nachhaltigeren Ernährung*; WBAE (2020): *Politik für eine nachhaltigere Ernährung: Eine integrierte Ernährungspolitik entwickeln und faire Ernährungsumgebungen gestalten*; WBAE (2016): *Klimaschutz in der Land- und Forstwirtschaft sowie den nachgelagerten Bereichen Ernährung und Holzverwendung* (letzte Aufrufe: 25.06.2026).

³⁷ Vgl. BMLEH, *Abschlussberichte der Zukunftskommission Landwirtschaft* (letzter Aufruf: 01.07.2026).

³⁸ Akteursübergreifende Aushandlungsprozesse wie das Kompetenzzentrum Nutztierhaltung (inoffiziell: Borchert-Kommission) ha-ben dafür tragfähige Konzepte vorgelegt, die auch Finanzierungsmodelle für die Mobilisierung der für die Umstellung notwendigen Finanzmittel beinhalten. Vgl. BMEL (2020): *Empfehlungen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung* (letzter Aufruf: 29.06.2026).

Bildung) sowie die **Attraktivität** (Marketing, Kampagnen) zählen.³⁹ Konkretisiert werden sollte dies insbesondere durch Instrumente wie die Einführung von **Preisaneizen** über eine höhere Mehrwertsteuer auf tierische Produkte, **eine Reduzierung oder Aufhebung der Mehrwertsteuer auf pflanzliche Produkte** und die Einbindung der **Gemeinschaftsverpflegung in öffentlichen Einrichtungen**, insbesondere **Kitas und Schulen**.

Die vom BMLEH selbst im KSP als zentral benannte **Eiweißpflanzenstrategie** aus dem Jahr 2012 wird aktuell im Ministerium weiterentwickelt – mit unklarem Zeitplan. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass diese neben dem ursprünglichen Hauptfokus auf die Eiweißversorgung für Futtermittel zukünftig auch einen besonderen **strategischen Fokus** auf die **Förderung des Anbaus pflanzlicher Proteinquelle** für die **Humanernährung**⁴⁰ legt und somit als klarer politischer Ankerpunkt für die Umsetzung der KSP-Maßnahme fungieren kann. Auf europäischer Ebene hat die Kommission am 07.07.2026 ihren neuen **EU-Proteinplan** veröffentlicht, der die Steigerung des Anteils der Selbstversorgung mit Futterprotein bis 2035 auf 35 % anstrebt⁴¹ und ursprünglich zum Ziel hatte, die gesamte Wertschöpfungskette und auch die Nachfrageseite zu adressieren – jedoch das Thema Humanernährung größtenteils ausspart.⁴² Die deutsche und die europäische Strategie sollten in diesem Zusammenhang unbedingt gemeinsam gedacht und vorangebracht werden.

³⁹ Vgl. Agora Agrar (2026): [Klimawirksamkeit der Ernährung in Deutschland](#) (letzter Aufruf: 25.06.2026).

⁴⁰ Vgl. in diesem Zusammenhang vzbv (2026): [Pflanzenproteine – von der Nische zur Normalität. Empfehlungen für eine Proteinstrategie der Bundesregierung](#). (letzter Aufruf: 29.06.2026).

⁴¹ Vgl. agrarheute, 07.07.2026: [EU will mehr Soja, Erbsen und Raps: Wie Landwirte bald davon profitieren](#) (letzter Aufruf: 08.07.2026).

⁴² Die Europäische Umweltagentur hatte in diesem Zusammenhang wenige Tage zuvor einen Bericht zur Proteindiversifizierung in Europa veröffentlicht und unterstrichen, dass die stärkere Nutzung pflanzlicher Proteine die größten ökologischen Vorteile biete und eine „Neuausrichtung der Tierproduktion und der Konsumgewohnheiten erforderlich“ mache. Nicht nur in Deutschland, auch in der EU ist die Tierhaltung für den Großteil der landwirtschaftlichen Treibhausgasemissionen verantwortlich, zudem erhöht die starke Abhängigkeit von importierten Futtermitteln die Anfälligkeit für Störungen in der Lieferkette, klimabedingte und geopolitische Risiken. Vgl. Tagesspiegel, 23.06.2026: [EEA-Bericht erhöht Druck auf EU-Kommission für Proteinplan](#) (letzter Aufruf: 25.06.2026).

Autoren: Felix Domke, Konstantinos Tsilimekis

Redaktion: Nikola Klein

Zitiervorschlag: Domke, F., Tsilimekis, K., 2026, Neues Klimaschutzprogramm der Bundesregierung: Potenziale und Beitrag des Sektors Landwirtschaft, Germanwatch-Briefing #5 zu internationalen Klimaverhandlungen und Ernährungssystemen.

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter: www.germanwatch.org/de/93534

Juli 2026

Sofern keine anderen Copyright-Hinweise vorliegen, stehen Abbildungen dieser Publikation unter der Lizenz [CC BY-NC-ND 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/). Der Urhebervermerk lautet bei Weiterverwendung: Germanwatch e.V. 2026 | CC BY-NC-ND 4.0.

Herausgeber: Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Internet: www.germanwatch.org

Büro Berlin

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Tel. +49 (0)30 / 5771 328-0, Fax -11

E-Mail: info@germanwatch.org

Das Projekt „Übersetzung internationaler Klimaverhandlungen in Deutschlands Agrar- und Ernährungspolitik“ wird von der Robert Bosch Stiftung gefördert.